

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Hinter mir liegt wieder einmal eine abwechslungsreiche Woche, die aber gerade für uns Frauen einen wichtigen Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt gebracht hat. Der von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig eingebrachte Gesetzesentwurf zur gleichen Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Arbeit wurde vom schwarz-roten Bundeskabinett verabschiedet.



Damit setzt die SPD abermals einen Kernpunkt unseres Koalitionsvertrages im Bund um und beweist einmal mehr, dass sie die treibende Kraft in der Großen Koalition ist. Einen ausführlichen Bericht dazu findet ihr – neben vielen weiteren interessanten Themen – in der vor euch liegenden Ausgabe der Wahlkreispost.

In dieser Woche ist es mir ein besonderes Anliegen euch auf einen Termin hinzuweisen, bei dem es einmal mehr darum geht, offensiv für unsere Demokratie und unsere liberale Gesellschaftsordnung einzustehen: Am 21. Januar 2017 möchte die Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF) einen Kongress in Koblenz abhalten. Zur Veranstaltung werden bis zu 1 000 Personen aus dem rechtspopulistischen und auch rechtsextremistischen Spektrum erwartet. Das können wir nicht hinnehmen. Deshalb hat sich das Bündnis „Koblenz bleibt bunt“ formiert, um sich der ENF-Fraktion, die Verunsicherungen und Ängste schürt und das freiheitliche und vielfältige Europa infrage stellt, entgegen zu stellen. Zu den Unterstützern gehört auch unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die gemeinsam mit mir an diesem Tag ab 11 Uhr am Koblenzer Hauptbahnhof zu Gast sein wird. Ich würde mich freuen, auch einige von euch dort zu sehen!

Bis dahin wünsche ich euch aber nun zunächst eine gute Woche!
Eure Sabine



GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

Gesetzentwurf zu „Equal Pay“ im Bundeskabinett verabschiedet

Das Bundeskabinett hat heute den Gesetzentwurf zur Lohngleichheit von Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig verabschiedet. Hierzu gab Daniel Stich, Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz eine Erklärung ab.

„Es zeigt sich einmal mehr: Die SPD ist der Motor in der Bundesregierung. Da, wo Verbesserungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Nöten sind, machen wir Druck, bis konkrete Erfolge erzielt werden. So auch beim Gesetz zur Lohngleichheit“, verdeutlicht der SPD-Politiker.

Es könne nicht sein, dass Frauen für die gleiche Arbeit im Schnitt sieben Prozent weniger Lohn bekommen als Männer. Doch wer die diskriminierenden Lohnunterschiede beseitigen wolle, müsse diese erst einmal offenlegen, macht Stich deutlich. Das neue Gesetz sorgt dafür, dass Arbeitnehmerinnen in Betrieben ab einer bestimmten Größe zukünftig das Recht haben, Gehaltsinformationen von Kollegen in gleichwertigen Positionen abzufragen. Stich ist sich sicher: „Das schafft Transparenz, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit. Ich danke unserer Bundesministerin Manuela Schwesig für ihren hartnäckigen Einsatz in dieser Sache. Die SPD wird solange nicht locker lassen, bis Frauen und Männer endlich gleichberechtigt sind!“



EHRENAMT IN 2016 WEITER GESTÄRKT

Ministerpräsidentin Malu Dreyer zieht positive Bilanz

„2016 haben wir das Ehrenamt in Rheinland-Pfalz weiter gestärkt. Fast jeder Zweite in unserem Land engagiert sich ehrenamtlich. Diesen Menschen müssen wir gute Rahmenbedingungen bieten, sie unbürokratisch unterstützen und ihnen zudem immer wieder für ihre tolle Arbeit danken. Das haben wir auch 2016 in vielfältiger Weise getan und das Ehrenamt so positiv gestaltet“, zieht Ministerpräsidentin Malu Dreyer Bilanz.



Ein Instrument zur Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement sei der Engagement- und Kompetenznachweis der Landesregierung. Im Ehrenamt erworbene Kompetenzen würden damit dokumentiert und zertifiziert. Über 160 Rheinland-Pfälzern und Rheinland-Pfälerinnen wurde der von Ministerpräsidentin Malu Dreyer unterschriebene Nachweis 2016 ausgestellt. „Neben dem ideellen Wert kann der Nachweis im beruflichen Umfeld von Nutzen sein. Wichtige Schlüsselqualifikationen wie Team-, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit rücken neben formalen Qualifikationen immer stärker in den Mittelpunkt von Bildung und Ausbildung“, so Dreyer.

Besonders positiv fällt ihr Fazit zur landesweit gültigen Ehrenamtskarte aus. „Wir haben allein 2016 mit 55 Kommunen Kooperationsvereinbarungen geschlossen und konnten

Ende 2016 das Jubiläum der 100. teilnehmenden Kommune feiern“, erklärte die Ministerpräsidentin. Im Startjahr 2014 waren es neun Vereinbarungen, 2015 kamen 37 weitere hinzu. In den nun insgesamt 101 beteiligten Kommunen hätten somit rund 2,4 Millionen Menschen die Möglichkeit, eine Ehrenamtskarte zu beantragen, sofern sie die Voraussetzungen erfüllten. Das seien rund 60 Prozent der Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälerinnen. „Auch bei den ausgegebenen Ehrenamtskarten gibt es einen starken Anstieg. Über 1.550 Karten wurden neu ausgestellt, die zu den bisherigen rund 1.000 hinzukommen“, so Dreyer.

Auf ihre Initiative hin wurden zudem ehrenamtlich organisierte Kleinprojekte für Flüchtlinge gefördert und ermöglicht. Für rund 75 Projekte gab es bis zu 150 Euro Zuschuss. „Wir unterstützen damit ganz unbürokratisch die Hilfsbereitschaft der Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälerinnen. Sie tragen mit ihrem Engagement dazu bei, Flüchtlinge in unserem Land zu integrieren“, so Dreyer. 2016 wurden rund 10.400 Euro vergeben.

„Die Projekte wählten ganz verschiedene Ansätze. Das Geld wurde häufig verwendet, um Lehrmaterialien für ehrenamtliche Sprachkurse zu finanzieren, aber auch für Sportausrüstungen oder gemeinsame Veranstaltungen wie Koch- und Grillabende. Diese Begegnungen und Erlebnisse lassen Fremde zu Freunden werden“, ist Ministerpräsidentin Malu Dreyer überzeugt.

Auch 2017 werde es ihr ein Herzensanliegen bleiben, gute Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu schaffen. „Freiwilliges Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen. Das ist heute wichtiger denn je. Ich werde mich deshalb weiter für die Ehrenamtlichen in unserem Land stark machen“, versicherte die Ministerpräsidentin. Dazu gehöre auch das Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement, dessen Gründung in diesem Jahr offiziell vollzogen werden soll.

MEIN TIPP ZUM KLICKEN: DAS EHRENAMT IM NETZ

Das Ehrenamt ist eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft. – Ohne das vielfältige ehrenamtliche Engagement so vieler Bürgerinnen und Bürger wären lebendige Städte und Gemeinden – gerade im ländlichen Raum – nur schwer möglich. Ehrenamtliches Engagement sorgt für Zusammenhalt und ein buntes, kommunales Vereinsleben, von dem alle profitieren.

Das weiß die Landesregierung nur zu genau und widmet deshalb den Ehrenamtlichen in Rheinland-Pfalz nicht nur die Ehrenamtskarte, sondern auch eine ganze Seite im Internet. Vielfältige Informationen, Unterstützungsangebote und vieles, vieles mehr findet ihr im Netz unter www.wir-tun-was.rlp.de. Klickt euch einfach mal rein!

KREBSREGISTER VERBESSERT VERSORGUNG

Bätzing-Lichtenthäler: „Rheinland-Pfalz liegt im Zeitplan“

Noch immer sind Krebserkrankungen nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen die zweithäufigste Todesursache in Deutschland. Um die Versorgung krebserkrankter Patientinnen und Patienten in Rheinland-Pfalz weiter auszubauen und zu verbessern, hat das Land gemeinsam mit der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 2014 die Krebsregister Rheinland-Pfalz gGmbH gegründet.

„Das neue Krebsregister hat die Aufgabe, flächendeckend Patientendaten über Auftreten, Behandlung und Verlauf von bösartigen Neubildungen zu erfassen, die Daten auszuwerten und an die meldenden Ärztinnen und Ärzte zurückzumelden. Damit wird die Versorgung der Patientinnen und Patienten nachhaltig verbessert“, erklärte Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler anlässlich der Pressekonferenz zum aktuellen Stand der Einrichtung des Krebsregisters.



Quelle: Krebsregister Rheinland-Pfalz gGmbH

Rheinland-Pfalz hat im vergangenen Jahr ein flächendeckendes klinisches Krebsregister aufgebaut und liegt damit im vom Bund vorgegebenen Zeitplan. Dabei wurde das bisherige epidemiologische Krebsregister Rheinland-Pfalz, das seit mehr als 20 Jahren Daten nach dem Landesgesetz zur Weiterführung des Krebsregisters (LKRG) erfasst, entsprechend aus- und umgebaut. Seit Inkrafttreten des Landesgesetzes im Januar 2016 melden in Rheinland-Pfalz alle Leistungserbringer der onkologischen Versorgung direkt und ausschließlich an das in Mainz ansässige neue klinisch-epidemiologische Krebsregister Rheinland-Pfalz. Dort erfolgt die kontinuierliche Datenerfassung und -auswertung. Bei diesem Aufbauprozess werden die große Erfahrung des Registerpersonals in allen Fragen der Tumordokumentation und die langjährig etablierten Meldewege von den behandelnden Ärztinnen und Ärzten zum Krebsregister genutzt. Finanziert werden der Betrieb des Krebsregisters und die Meldevergütung an die meldenden Stellen überwiegend durch die gesetzlichen Krankenkassen sowie durch das Land Rheinland-Pfalz und die private Krankenversicherung. Neben dem Land fördert auch die Deutsche Krebshilfe e.V. den Aufbau des Krebsregisters.

Die Vorstandsvorsitzende und Medizinischer Vorstand der Universitätsmedizin Mainz, Professor Dr. Babette Simon, betonte die zukünftigen Möglichkeiten einer flächendeckenden Krebsregistrierung: „Die flächendeckende Erfassung und Auswertung aller klinischen Daten zu Verlauf und Therapie von onkologischen Erkrankungen eröffnet künftig sowohl im wissenschaftlichen, als auch im klinischen Bereich ganz neue Möglichkeiten zum Wohle aller Patientinnen und Patienten. Unter Beachtung der rechtlichen und datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen sehen wir bereits jetzt Potentiale für mögliche Synergien bei den Themen Biobanking und Personalisierte Medizin, um in unserem gemeinsamen Kampf gegen den Krebs neue Wege zu beschreiten.“

„Das Krebsregister Rheinland-Pfalz fördert die überregionale Zusammenarbeit, indem es das bestehende Netzwerk mit allen an der onkologischen Versorgung beteiligten Institutionen im Land und darüber hinaus effizient einsetzt und weiter ausbaut, sowie die wissenschaftliche Anbindung durch Beteiligung an einer Vielzahl von nationalen und internationalen Studien intensiviert“, stellte die Geschäftsführerin der Krebsregister Rheinland-Pfalz gGmbH, Antje Swietlik, heraus. „Durch unsere Analysen, die künftig auch ganz aktuelle Auswertungen ermöglichen werden, können wir nicht nur zur Verbesserung der Heilbehandlung beitragen, sondern auch den Erfolg der bundesgesetzlich vorgesehenen Screeningmaßnahmen überprüfen und zu einer zielgerichteten und erfolgreichen Ausgestaltung der Programme für die Patientinnen und Patienten beitragen“, ergänzte die Ärztliche Leiterin, Dr. Sylke Zeißig.

Dies werde nur erfolgreich sein, so der Leiter des Ersatzkassenverbandes in Rheinland-Pfalz, Martin Schneider, wenn die wichtigste Grundlage erfüllt sei: „Insbesondere die Leistungserbringer sind dabei in der Pflicht: Alle Beteiligten, also vor allem Haus- und Fachärzte, onkologische Schwerpunktpraxen, Krankenhäuser sowie die Pathologen und Labormediziner, müssen die benötigten Daten an das klinische Krebsregister Rheinland-Pfalz melden.“ Die Vollzähligkeit und Vollständigkeit der erhobenen und ausgewerteten Datensätze ist unabdingbare Voraussetzung für die Erreichung der Ziele zum Wohle der Patientinnen und Patienten.

Das unterstrich auch die stellvertretende Landesvorsitzende der „Frauenselbsthilfe nach Krebs“, Yamina Cherair, die aus Patientensicht den Aufbau der Krebsregistrierung unterstützte: „Durch die Daten wird es möglich sein, die Qualität der gesamten Krebsbehandlung differenziert abzubilden und zu vergleichen. Diagnose, Behandlung und Versorgungsstrukturen können exakt analysiert und verbessert werden. Das wird ein großer Gewinn für uns an Krebs erkrankte Menschen sein, da transparent wird, ob die Behandlung leitliniengerecht und gemäß den Zertifizierungsrichtlinien erfolgt.“

Beate Pfeifer, Abteilungsleiterin für stationäre Versorgung der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland – Die Gesundheitskasse, bekräftigte: „Oberstes Ziel der gemeinsamen Arbeit muss stets die Patientensicherheit sein. Der Schlüssel dazu ist, die qualitativ hochwertige und passgenaue onkologische Versorgung der Zukunft noch weiter zu verbessern. Durch die bundesweit einheitlichen Datensätze wird es zukünftig leichter möglich, Krebserkrankungen noch zielgerichteter zu bekämpfen sowie die vernetzte Forschung und Behandlung dieser tückischen Erkrankung voranzutreiben.“

„Eine hochwertige Versorgung erfordert es, auf der Grundlage einer umfassenden, verlaufs begleitenden Dokumentation auch die Ergebnisqualität transparent und vergleichbar darzustellen und zu bewerten. Entsprechend misst die rheinland-pfälzische Landesregierung der flächendeckenden klinischen Krebsregistrierung einen hohen Stellenwert bei“, fasste Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler zusammen.

ABSCHIED NEHMEN VON ROMAN HERZOG

*SPD-Parteivorsitzender Gabriel schreibt an Witwe Herzog
– Würdigung der Verdienste des Altbundespräsidenten*



Mit tiefer Trauer habe ich vom Tod Ihres Ehemannes Roman Herzog erfahren. Ich möchte Ihnen und Ihrer Familie im Namen der gesamten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, aber auch ganz persönlich, mein tief empfundenenes Beileid aussprechen.

Wir verabschieden uns mit großem Respekt von einem Mann, der während seiner Amtszeit als Bundespräsident unser Land hervorragend nach innen und nach außen vertreten hat. Roman Herzog hat für einen Dialog zwischen den Religionen geworben, sich mit deutlichen Worten für Integration und gegen jede Form von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus eingesetzt und frühzeitig auf die Probleme der globalisierten Welt hingewiesen.

Als überzeugter Konservativer, renommierter Staatsrechtler und langjähriges Mitglied der CDU hatte Roman Herzog, bevor er 1994 Bundespräsident wurde, zahlreiche wichtige Ämter und Funktionen auf Bundes- und Landesebene inne.

Von 1983 bis 1987 als Vizepräsident und bis 1994 als Präsident des Bundesverfassungsgerichtes bleiben die unter seiner Ägide gesprochenen Urteile - besonders das zur unbedingten Geltung der Versammlungsfreiheit - als grundlegend und wegweisend in Erinnerung. In geradezu weiser Voraussicht warnte Roman Herzog die politisch Verantwortlichen aller Parteien schon früh davor, allzu viele politische Streitthemen zur Entscheidung nach Karlsruhe zu verlagern. Eine Mahnung, die ihre Bedeutung nicht verloren hat.

Ein bleibender Verdienst Roman Herzogs als Bundespräsident bleibt die Einführung des 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Er gab damit diesem Tag der Befreiung von Auschwitz die Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein, die er verdiente und die er bis dahin nicht hatte.

Mit Integrität und persönlicher Autorität, getragen von seinem christlichen Glauben und großer Freiheitsliebe, aber auch mit Selbstironie und Humor, prägte Roman Herzog sein Amt als Bundespräsident durch die Kraft des Wortes.

Seine Rede mit dem Titel „Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ von 1997 ist auch heute noch lesenswert, weil sie für Erneuerung, gegen Verharrung im Gewohnten und für mehr Beweglichkeit aller am gesellschaftlichen Prozess Beteiligten eintritt, ohne dabei die Grundsätze des Augenmaßes und der Gerechtigkeit zu vernachlässigen.

Roman Herzog hat sich in seinen herausragenden Ämtern um die Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht. Sein politisches Lebenswerk wird Bestand haben.

FAHRT ZUR DEMO IN KOBLENZ (21.01.2017)

Verein Demos e.V. bietet Busfahrt aus dem Wahlkreis an

Am 21.01.2017 findet in Koblenz ein Kongress der rechtspopulistischen Fraktion "Europa der Nationen und der Freiheit" im Europäischen Parlament statt. Ein breites Bündnis hat unter dem Titel "Koblenz bleibt bunt" zu einer Gegendemonstration aufgerufen. Unter den Unterstützern des Bündnisses sind sowohl Ministerpräsidentin Malu Dreyer als auch Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL, die beide zur regen Teilnahme an der Gegendemonstration aufrufen.



Um die Anreise für die Interessierten aus dem Wahlkreis etwas einfacher zu gestalten, bietet der Verein DEMOS e.V. (www.demos-ww.de) eine Busfahrt nach Koblenz an. Der Kostenbeitrag dafür beläuft sich auf 11,00 Euro. Haltestellen gibt es in Hachenburg (Busbahnhof), Bad Marienberg, Rennerod, Westerburg und ggf. noch in

Montabaur. Wer Interesse hat, kann sich über die E-Mail-Adresse [siggi\(at\)demos-ww.de](mailto:siggi(at)demos-ww.de) (Siggi Hardieß) anmelden. Abfahrt in Hachenburg ist um 09:00 Uhr, die Rückfahrt soll zwischen 15:00 und 16:00 Uhr angetreten werden.